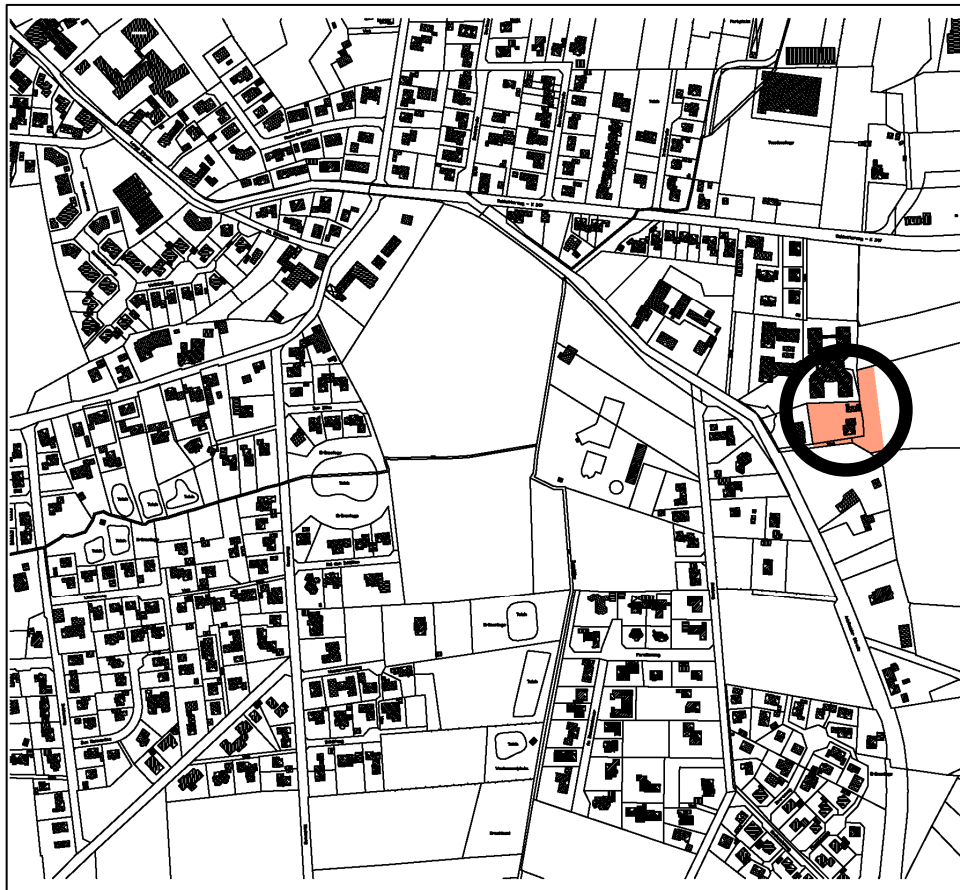


GEMEINDE GANDERKESEE

Bebauungsplan Nr. 173 A
Ganderkesee (östlich Adelheider Straße)

BEGRÜNDUNG



Übersichtsplan

p|an
kontor städtebau

Ehnrnstraße 126 26121 Oldenburg
Telefon 0441/97201-0 Telefax -99
Email: info@plankontor-staedtebau.de

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|-----|-----------------------------------|----|
| 1 | Anlass und allgemeine Zielsetzung | 3 |
| 2 | Verfahren | 3 |
| 3 | Lage und Bestand | 3 |
| 4 | Planungsvorgaben | 5 |
| 4.1 | Flächennutzungsplanung | 5 |
| 4.2 | Bebauungsplanung | 5 |
| 5 | Festsetzungen des Bebauungsplanes | 7 |
| 5.1 | Bauliche Nutzung | 7 |
| 5.2 | Grünordnerische Festsetzungen | 9 |
| 6 | Immissionen | 9 |
| 7 | Natur und Landschaft | 9 |
| 7.1 | Bestand und Planung | 9 |
| 7.2 | Eingriffsregelung | 10 |
| 7.3 | Artenschutz | 10 |
| 8 | Verkehr | 11 |
| 9 | Infrastruktur | 11 |
| 10 | Altlasten | 12 |
| 11 | Flächenbilanz | 12 |
| 12 | Hinweise | 12 |
| 13 | Verfahrensvermerke | 13 |

1 ANLASS UND ALLGEMEINE ZIELSETZUNG

Im Südosten von Ganderkesee befindet sich östlich der Adelheider Straße ein größeres Zentrum mit Wohn- und Pflegeeinrichtungen für Senioren und pflegebedürftige Menschen. In Ergänzung zu diesem Zentrum soll nun eine Möglichkeit geschaffen werden, weitere Angebote für betreuungs- oder pflegebedürftige Menschen zu ergänzen. Von den Betreibern des Zentrums „Wohnpark Am Fuchsberg“ ist geplant, eine Einrichtung speziell für jüngere Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, zu schaffen. Die Gemeinde unterstützt diese beabsichtigte Nutzung, da es sinnvoll ist, auch in Ganderkesee dieser Personengruppe ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnmöglichkeiten und weitere Unterstützung zu bieten. Der gewählte Standort eignet sich dazu besonders gut, da das Angebot vom vorhandenen Seniorenzentrum ggfs. mit genutzt werden kann und so Synergieeffekte erreicht werden können.

Da der Schwerpunkt der geplanten Nutzung hier im Wohnen liegen soll, wird ein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt, jedoch eingeschränkt für Personen mit besonderem Wohnbedarf.

2 VERFAHREN

Die Aufstellung des Bebauungsplanes dient der Innenentwicklung von Ganderkesee und das Aufstellungsverfahren wird daher nach den Vorschriften des § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt.

Im Geltungsbereich wird die zulässige Grundfläche weniger als 20.000 qm betragen, da sich aus der Plangebietsgröße und festgesetzter Grundflächenzahl Geltungsbereich nur eine Grundfläche von insgesamt ca. 1500 qm zulässig ist. Es werden keine weiteren Planungen im engen zeitlichen, räumlichen und sachlichen Zusammenhang erstellt, die hinzuzurechnen wären. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes wird keine Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter besteht.

3 LAGE UND BESTAND

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich im Südosten von Ganderkesee an der Adelheider Straße östlich des Seniorenzentrums „Wohnpark Am Fuchsberg“.

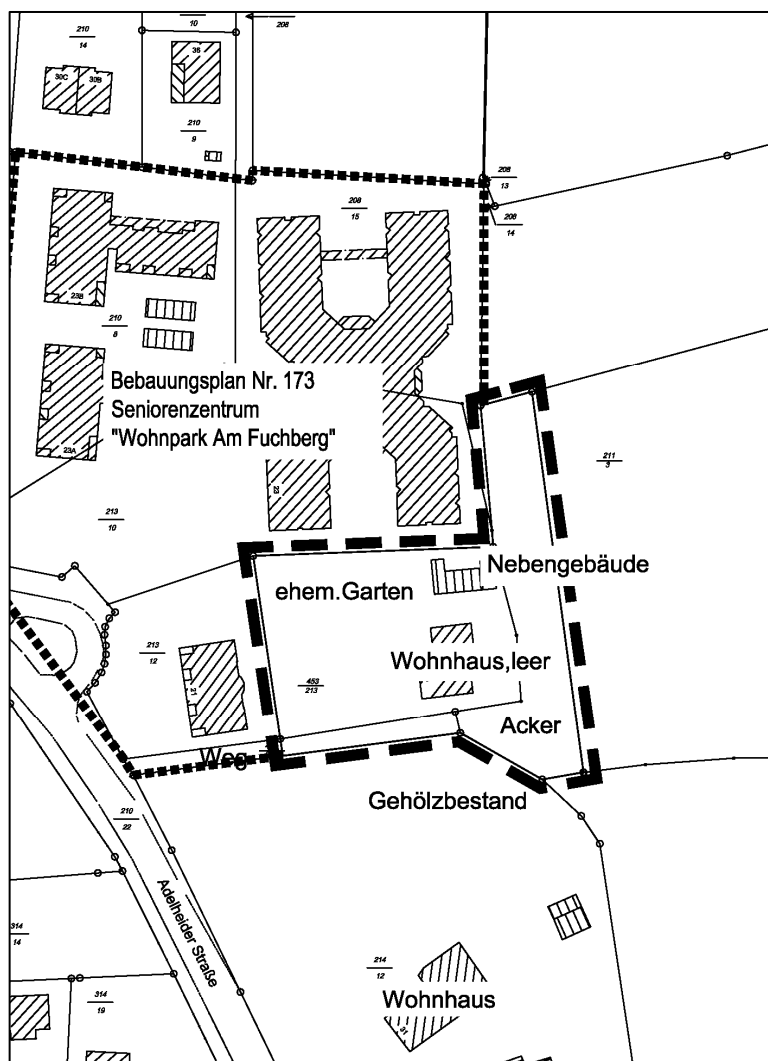
Das Plangebiet ist mit einem zweigeschossigen Wohnhaus bebaut und weist daneben weitere bauliche Anlagen als Nebengebäude auf. Die Freiflächen dienten früher als Garten und sind nun seit einiger Zeit ungenutzt. Östlich davon erstreckt sich das Plangebiet auf die benachbarte Ackerfläche. Erschlossen wird das Plangebiet durch einen Realverbandsweg von der Adelheider Straße.

Im Norden und Westen des Plangebietes befinden sich die größeren zweigeschossigen Baukörper des Seniorenzentrums mit Pflegeheim, Wohnungen und weiteren Serviceangeboten.

Im Osten setzt sich die freie Ackerfläche fort. Im Süden befindet sich ein mit größeren Gehölzen bestandenes Wohngrundstück. Das auf diesem Grundstück befindliche Wohnhaus ist vom Plangebiet aus wegen des dichten Gehölzbestandes nicht erkennbar.

Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 3770 qm.

Übersicht Bestand (ohne Maßstab)

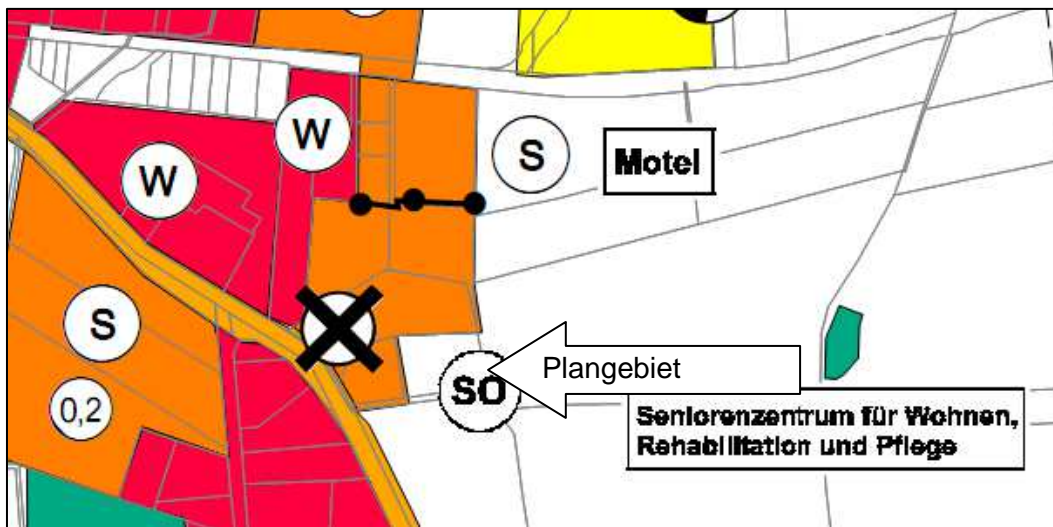


4 PLANUNGSVORGABEN

4.1 FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Ganderkesee stellt im Plangebiet Fläche für die Landwirtschaft dar. Nördlich und westlich davon befindet sich eine Darstellung als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Seniorenzentrum für Wohnen, Rehabilitation und Pflege“.

Ausschnitt aus dem FNP (ohne Maßstab)



Durch die Planung wird die Art der Nutzung im Geltungsbereich als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Die Festsetzungen der Planung weichen also von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ab.

Da die Aufstellung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren zur Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB durchgeführt wird, ist der Flächennutzungsplan in den abweichenden Teilen im Wege der Berichtigung anzupassen.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes und dessen Umsetzung wird die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes aber nicht beeinträchtigt.

4.2 BEBAUUNGSPLANUNG

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist bisher nicht von der verbindlichen Bauleitplanung erfasst.

Der Bebauungsplan grenzt im Norden und Osten an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 173 „Gelände an der Adelheider Straße“ an, der 1995 rechtsverbindlich wurde. Dort wurden Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Seniorenzentrum für Wohnen, Rehabilitation und Pflege“ festgesetzt. Folgende Nutzungen sind dort zulässig:

- betreutes Wohnen
- Rehabilitation mit den erforderlichen Fachabteilungen
- Altenpflegeheim
- betreute Wohngruppen für Körperbehinderte
- Sozialstation mit Seniorenbegegnungsstätte
- Wohnungen für Pflege-, Aufsichts- und Bereitschaftspersonal, Betriebsleiter
- Schul- und Unterrichtsräume für Altenpflegeschule
- Cafe und Tagungsräume
- Kiosk
- Friseur und Körperpflege

Die zulässige Grundflächenzahl beträgt 0,4 bzw. 0,5 bei zwei- bzw. dreigeschossiger Bauweise. Es sind Gebäudelängen über 50 m zulässig.

Diese Maße sind bei der Umsetzung der Planung auch ausgenutzt worden.

5 FESTSETZUNGEN DES BEBAUUNGSPLANES

5.1 BAULICHE NUTZUNG

Art der Nutzung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen Baumöglichkeiten zur Errichtung von Wohngebäuden für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf geschaffen werden. An dem Standort an der Adelheider Straße haben sich in einigem Umfang Wohnungs- und Serviceangebote für pflege- und/oder betreuungsbedürftige Menschen etabliert. Hier sollen nun Ergänzungen ermöglicht werden, so dass z.B. Angebote für jüngere pflegebedürftige Menschen geschaffen werden. Hier besteht ein Bedarf unabhängig von den sonst auf alte Menschen zugeschnittenen Pflegeeinrichtungen. Es ist geplant, überwiegend besondere Wohnformen für diese Personengruppe anzubieten, die durch weitere Serviceeinrichtungen ergänzt werden können. Mit dieser Zielsetzung wird die Art der zulässigen und ausnahmsweise zulässigen Nutzungen wie folgt festgesetzt:

Innerhalb des festgesetzten Allgemeinen Wohngebietes (WA) sind folgende Nutzungen zulässig:

- Wohngebäude für alte, pflege- bzw. betreuungsbedürftige oder behinderte Menschen (§ 4 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 8 BauGB))
- der Versorgung des Gebietes dienende Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe (§ 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO)
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO)

Innerhalb des festgesetzten Allgemeinen Wohngebietes (WA) sind folgende Nutzungen ausnahmsweise zulässig:

- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe (§ 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO)
- Anlagen für Verwaltungen (§ 4 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO)
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter (im Sinne von § 7 Abs. 2 Nr. 6 BauNVO)

Innerhalb des festgesetzten Allgemeinen Wohngebietes (WA) sind folgende Nutzungen auch ausnahmsweise nicht zulässig:

- Tankstellen (§ 4 Abs. 3 Nr. 5 BauNVO)
- Gartenbaubetriebe (§ 4 Abs. 3 Nr. 4 BauNVO)
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 4 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO)

Es können also nur Wohngebäude für Personen mit besonderem Wohnbedarf errichtet werden. Um diese Personengruppe durch weitere Serviceangebote unterstützen zu können, sind z.B. kleinere Dienstleistungsbetriebe oder soziale Angebote zulässig. Andere Gewerbetreibende oder Personal vor Ort können für diesen Bewohnerkreis ebenfalls dienlich sein.

Daher sind solche Nutzungen mit nicht störenden Gewerbebetrieben und sog. betriebsbezogenem Wohnen (z.B. Hausmeister) ausnahmsweise zulässig.

Die Nutzung durch Tankstellen wird ausgeschlossen, da die Erschließung über den Realverbandsweg dafür nicht geeignet ist.

Da der Geltungsbereich relativ klein ist, werden Gartenbaubetriebe ebenfalls ausgeschlossen. Diese Betriebe benötigen relativ viel Fläche, die dann dem eigentlichen Nutzungsziel – besonderer Wohnbedarf – nicht zur Verfügung steht.

Maß der Nutzung

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung orientieren sich an dem nördlich gelegenen Gebäudebestand, da nun eine ähnliche Nutzung im Geltungsbereich ermöglicht werden soll und der nördlich vorhandene Bestand das Plangebiet bereits stark baulich prägt. Es wird daher eine höchstens zweigeschossige Bebauung bei einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 und einer Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,8 festgesetzt. Zulässig ist darüber hinaus ein Geschoss, das nach Nds. Bauordnung kein Vollgeschoss ist. Die Geschossfläche in diesem obersten Geschoss wird gem. § 20 Abs. 3 BauNVO nicht auf die GFZ angerechnet. Für diese verhältnismäßig intensive Bebauung kann es erforderlich werden, dass relativ viele Stellplätze im Plangebiet hergestellt werden müssen. Daher wird festgesetzt, dass für die Anlage von offenen Stellplätzen die Überschreitung der GRZ bis zu einer GRZ von 0,8 zulässig ist.

Bauweise und überbaubare Fläche

Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) wird eine offene Bauweise festgesetzt, so dass die Hauptgebäude mit einem Grenzabstand zum Nachbargrundstück zu errichten sind. Diese Bauweise entspricht dem bereits vorhandenen Bestand nördlich des Planungsgebietes.

Die Festsetzung der überbaubaren Fläche orientiert sich an dem bisher vorhandenen Baugrundstück und füllt sozusagen die Ecke neben dem Gebäudebestand Adelheider Straße 21 und 23. Ein Herausrücken von Gebäuden weiter nach Osten in die Landschaft wird damit vermieden.

Von Bebauung freizuhalten ist außerdem die Zuwegung zum Plangebiet auf dem Realverbandsweg, aber auch die Überwegung zur östlich benachbarten Ackerfläche.

5.2 GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN

Am Ostrand des Geltungsbereiches wird in 1 m Breite eine Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt, so dass das Plangebiet zur freien Landschaft eingegrünt wird. Vorgesehen ist hier die Pflanzung einer Hecke. Um eine standortgerechte Anpflanzung zu erreichen, kann aus folgenden Sorten gewählt werden: Hainbuche, Rotbuche, Weißdorn, Rotdorn, Liguster, Taxus. Es ist erforderlich, diese Anpflanzung an der Stelle der Ackerzufahrt zu unterbrechen (siehe Kap. Verkehr).

Zur Begrünung von Stellplatzanlagen ist je 5 Stellplätze ein Laubbaum (Eiche, Buche, Bergahorn, Esche, Vogelbeere, Faulbaum, Weide, Erle oder Linde) zu pflanzen. Dies führt zu einer weiteren Begrünung des Ortsrandes und hat positive kleinklimatische Effekte auf einer größeren Parkplatzanlage.

6 IMMISSIONEN

Das Plangebiet liegt am Rand der bebauten Ortslage. Quellen, von denen erhebliche Emissionen wie Lärm oder Geruch ausgehen, befinden sich nicht in der Nähe. Die Adelheider Straße befindet sich in mindestens 50 m Entfernung, wobei sich zwischen der Straße und dem Plangebiet ein zweigeschossiges Gebäude befindet. Mit erheblicher Beeinträchtigung durch Verkehrslärm ist im Plangebiet daher nicht zu rechnen.

7 NATUR UND LANDSCHAFT

7.1 BESTAND UND PLANUNG

Im Planbereich befindet sich ein leerstehendes Wohnhaus mit einigen Nebenanlagen. Der frühere Gartenbereich wurde wohl als Nutz- und Obstgarten genutzt. Mit dem Leerfall des Gebäudes ist auch diese Nutzung beendet worden. Am Rand des Gebiets stehen einige Nadelgehölze, auf der Fläche einige Obstbäume. Die zur östlichen Erweiterung des Plangebietes ergänzte Fläche wurde bisher ackerbaulich (Mais) genutzt. Südlich des Plangebietes befindet sich ein Bereich mit größeren Laubbäumen (überwiegend Eichen), östlich davon liegt eine Ackerfläche. An der Nord- und Westseite wird das Plangebiet von intensiver Bebauung begrenzt. Durch Zufahrten, Gebäude und befestigte Freiflächen sind im Plangebiet bereits ca. 800 qm versiegelt.

Bei der Umsetzung der Planung wird es zu einer intensiveren baulichen Nutzung im Plangebiet kommen. Darüber hinaus können nun Garten- und Ackerflächen bis zu ca. 2200 qm

durch Haupt- und Nebenanlagen sowie Stellplätze überbaut werden, da zusätzlich zur GRZ von 0,4 eine Überschreitungsmöglichkeit für Stellplätze bis 0,8 ermöglicht wird. Eingrünungen am Rand des Gebietes werden durch die Anpflanzung einer Hecke und die Bepflanzung der Stellplätze erfolgen. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird durch die Festsetzung der überbaubaren Flächen direkt neben dem baulichen Bestand des nördlich vorhandenen Pflegeheimes so gering wie möglich gehalten. Das im Gebiet anfallende Regenwasser soll vor Ort versickert werden, dadurch werden Eingriffe in den Boden/Wasserkreislauf gering gehalten.

Besonders wertvolle natürliche Bestände oder geschützte Biotop sind von der Umsetzung der Planung nicht betroffen.

Der Landschaftsplan (LP) der Gemeinde Ganderkesee von 1993 formuliert für den Planbereich keine räumlich konkreten Entwicklungsziele.

7.2 EINGRIFFSREGELUNG

Im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB gelten in dem Fall, dass in einem Bebauungsplan weniger als 20.000 qm zulässige Grundfläche festgesetzt werden, Eingriffe in den Naturhaushalt, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, als im Sinne von § 1a (3) Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.

Da die hier zugrunde zu legende zulässige Grundfläche nur ca. 1510 qm beträgt, sind somit eine Eingriffsbilanzierung und sich daraus gegebenenfalls abzuleitende notwendige Kompensationsmaßnahmen nicht erforderlich.

7.3 ARTENSCHUTZ

Können die durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes geschaffenen Baurechte nur unter Verletzung artenschutzrechtlicher Vorschriften verwirklicht werden, so ist der Bebauungsplan nicht vollzugsfähig und damit unwirksam. Wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass im Plangebiet geschützte Arten betroffen sein könnten, ist bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes daher unabhängig von der Eingriffsregelung zu prüfen, ob artenschutzrechtliche Vorschriften der Planverwirklichung entgegenstehen könnten.

Einschlägig ist der § 44 BNatSchG, der dem Schutz besonders geschützter Arten und streng geschützter Arten gilt. Dabei ist im Rahmen der Bauleitplanung in erster Linie der Lebensstättenschutz nach § 44 Abs.1 Nr. 2 und 3 BNatSchG relevant (Störung, Entnah-

me/Beschädigung). Erhebliche Störungen sind anzunehmen, wenn eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population zu befürchten ist.

Bei der Umsetzung der vorliegenden Planung können artenschutzrechtliche Belange bei der Entfernung von Gebäuden betroffen sein. Hier ist eine Verletzung oder Tötung von Tieren oder Eiern sowie eine Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (hier Vögel und Fledermäuse) denkbar. Dies kann vermieden werden, wenn der Gebäudeabriss außerhalb der Brutzeiten vorgenommen wird, so dass keine Nester oder Quartiere besetzt sind. Sofern dies eingehalten wird, steht einer Umsetzung der Planung das o.g. Verbot nicht entgegen. Bei Aktionen außerhalb dieser Zeiten ist nachzuweisen, dass keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten besonders (streng) geschützter Arten betroffen sind.

8 VERKEHR

Das Plangebiet wird über einen Realverbandsweg von der Adelheider Straße erschlossen. Für die vorgesehenen Nutzungen ist diese Erschließung weiterhin ausreichend. Da über das Plangebiet auch weiterhin die östlich angrenzende Ackerfläche erreicht werden muss, wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht für die Anlieger sowie die Nutzungsberechtigten dieses Flurstückes 211/3 festgesetzt. Um die Ackerflächen erreichen zu können, wird die Festsetzung zum Anpflanzen einer Hecke an der Ostgrenze des Plangebietes für die Breite der Zufahrt unterbrochen.

Die Gemeinde hat die Erfahrung gemacht, dass bei Einrichtungen der Pflege ein erhöhter Parkplatzbedarf gegeben ist, da Fahrzeuge von Pflegepersonal, fahrtüchtigen Bewohnern und Besuchern untergebracht werden müssen. Vorsorgend ermöglicht die Gemeinde daher in diesem Plangebiet die Anlage größerer Stellplätze durch die Festsetzung einer Überschreitungsmöglichkeit der GRZ bis zu 0,8.

Das Plangebiet liegt in fußläufiger Entfernung zur VBN-Haltestelle „Ganderkesee, Freibad“, an der mehrere Buslinien in Richtung Bahnhof Ganderkesee und nach Wildeshausen verkehren.

9 INFRASTRUKTUR

Zur Versorgung des Gebietes mit Strom, Gas, Telekommunikation, Wasser und zur Ableitung des Schmutzwassers müssen die in den angrenzenden Straßen vorhandenen Leitungen in das Gebiet hinein verlängert werden.

Das im Plangebiet anfallende Regenwasser von befestigten Flächen und Dächern soll vor Ort zur Versickerung gebracht werden. Aus Erfahrungen, die in Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen (Seniorenzentrum, Leitungsbau) gesammelt wurden, ist bekannt, dass dazu versickerungsfähige Sandschichten ausreichend im Plangebiet vorhanden sind. Eine Einleitung von Regenwasser in den öffentlichen Kanal ist nicht möglich, da dessen Kapazitäten dazu nicht ausreichend sind.

Die für Menschen mit besonderem Wohnbedarf erforderlichen Infrastruktureinrichtungen sind teilweise im benachbarten Sondergebiet vorhanden. Weitere für diese Personengruppe hilfreiche Serviceeinrichtungen können auch im Plangebiet realisiert werden.

10 ALTLASTEN

Hinweise über das Vorkommen von Altlasten direkt im Planungsgebiet liegen der Gemeinde nicht vor.

Bei der Aufstellung des benachbarten Bebauungsplanes Nr. 173 wurde im Plangebiet eine Altablagerung festgestellt. Dabei handelt es sich um eine ehemalige Sandgrube, die vollständig mit abgelagerten Materialien (Müll) verfüllt worden ist. Das abgelagerte Material besteht hauptsächlich aus Haushaltsabfällen, Holzresten, bereits mineralisierten Verrottungsprodukten und zu einem geringeren Anteil aus Ziegel- und Steinresten. Eine direkte Grundwassergefährdung wurde aufgrund der geringen Schadstoffgehalte und der Bodenbeschaffenheit nicht festgestellt. Emissionen über die Bodenluft und über das Grundwasser wurden damals nicht festgestellt. Die Altablagerung wurde nicht als problematisch eingestuft. Negative Auswirkungen auf das nun benachbarte Plangebiet sind daher nicht zu befürchten.

11 FLÄCHENBILANZ

| | |
|----------------------------|----------|
| Allgemeines Wohngebiet | 3.770 qm |
| davon Anpflanzfläche 93 qm | |
| | |
| Gesamt | 3.770 qm |

12 HINWEISE

Sollten bei den geplanten Erd- und Bauarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, so sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen unteren

Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. (Nieders. Denkmalschutzgesetz vom 30. 5. 1989, Nds. GVbl., S. 517)

Sollten bei den geplanten Bauarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zu Tage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

13 VERFAHRENSVERMERKE

Die Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit der Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 173A öffentlich in der Zeit vom 17.12.2012 bis zum 18.01.2013 ausgelegen.

gez. A. Gerken-Klaas

Ganderkesee, den 21.03.2013

.....
Bürgermeisterin

Die Begründung wurde vom Rat der Gemeinde Ganderkesee zusammen mit dem als Satzung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 173A in der Sitzung am 14.03.2013 beschlossen.

gez. A. Gerken-Klaas

Ganderkesee, den 21.03.2013

.....
Bürgermeisterin